



Areal der ehemaligen Remise Breitensee: Fügen sich die geplanten Bauhöhen eines Siegerprojektes zur Nachnutzung der Breitenseer Remise in die Umgebung ein oder nicht ?

Karree Breitensee: Völlig unterschiedliche Sichtweisen über laufende Planungen

Bürgerinitiative beklagt zu hohe Bauhöhen, zu nebulose Verkehrsuntersuchung, noch unklaren Nutzen für die Öffentlichkeit - und kaum beeinflussbare Planungen!

Schwere und zum Großteil durchaus nachvollziehbare Kritik an den Vorbereitungen für das Projekt „**Karree Breitensee**“ äußert der Sprecher der Bürgerinitiative „*Aktion Lebenswertes Breitensee (ALB)*“, Franz PELDA, in einer aktuellen Aussendung.

Zwar ist die Bürgerinitiative in den laufenden Architektenwettbewerb eingebunden, in dem 5 Architektenbüros Entwürfe für eine Nachnutzung des riesigen Areals erarbeiten bzw. erarbeitet haben, - tatsächlich berücksichtigt findet sie sich aber keineswegs ausreichend.

Kern der Vorwürfe, wie zu erwarten war: Die geplanten Bauhöhen, die für die Umgebung „*jenseits von humaner Bauweise*“ lägen! Tatsächlich liegt für das Areal derzeit gar keine passende Flächenwidmung vor! Eine für das Projekt stimmige muss also demnächst von Wiens Stadtplanungsabteilung nach den Wünschen der Bauträger gefällig gezeichnet werden, ehe danach von Wiens frei gewählten MandatarInnen diese Widmung gefällig beschlossen werden kann !

Dass BürgerInnen bei derartiger, leider völlig üblichen Praxis des "Stadtplanens" und Bauens nicht zur Kenntnis nehmen wollen, dass Wiens Fachabteilungen und die nachgeordneten MandatarInnen (zumindest mit SPÖ-Mehrheit) überwiegend auf der Seite jener ProjektwerberInnen stehen,

deren Bauvorhaben halt üblicher Weise auf Gewinnmaximierung bei Belastung aller Anderen angelegt sind, ist nicht nur verständlich, sondern natürlich auch hoch legitim! Wenn Wien für das „Karree Breitensee“ erst nach den Bauplänen die nötige Flächenwidmung zeichnet, ist eine öffentliche Debatte über die möglichen Gebäudehöhen eine ganz logische Folge ! (Ich persönlich halte lediglich eine Angleichung an die bestehenden benachbarten Gebäudehöhen für diskutabel!)

Gerade eines der fünf Architektenbüros – so klagt aber ALB-Sprecher Franz PELDA – habe den Wunsch der Bürgerinitiative auf nicht so exzessive Bauhöhen „*wenigstens teilweise*“ berücksichtigt!

Man habe aber, so Pelda, in der „*Bezirksvorstellung doch tatsächlich die Taktik diskutiert, den Flächenwidmungsplan mit der Rathausmehrheit so auszugestalten, dass dann kein § 69 angewendet werden muss. Damit wäre der schwarze Peter „Gebäudehöhe“ beim Rathaus....*“ (§ 69 der Wiener Bauordnung erlaubt über Beschluss der Bauausschüsse der Bezirksvertretungen „geringfügige Abweichungen“ von den Bebauungsbestimmungen, - aus meiner Sicht bei Neubauvorhaben vielfach gänzlich unverfroren und ohne jede Berechtigung!)

Weitere Kritikpunkte der Bürgerinitiative nehmen zudem Anstoß an einem wenig schlüssigen Verkehrsgutachten für das Projekt bzw. an dem „*kritikwürdigen Verkehrskonzept*“, was mich wenig wundert Ich habe in bald 20 Jahren politischer Tätigkeit noch nie ein Gutachten gesehen, das ein Bauprojekt in Wien aus verkehrstechnischen Gründen tatsächlich behindert hätte, - die daraus folgenden Verkehrsprobleme kommen stets erst hinterher in vorgeblich anderem Zusammenhang auf die Öffentlichkeit zu!

Und zweitens: Es werde für den ganzen riesigen Baublock (neben der Volksgarage) „*ausschließlich einen Supermarkt und sonst keinerlei Gewerbe geben, welches dem Grätzler Impulse geben könnte.*“

„*Musikschule, Volkshochschule und Ärztezentrum*“ gelten zwar durchwegs als geplant, - von nötigen Finanzierungen bzw. auch nur Zusagen der Stadt Wien in diese Richtung ist aber nach wie vor nichts bekannt, - bislang nicht einmal eine halbwegs verbindliche Absichtserklärung. Zur im Bezirk fehlenden Musikschule und geeigneten Räumen für die Volkshochschule – bislang seit Jahrzehnten an angeblich mangelnden Flächen gescheitert - ist ausschließlich die Stadt Wien (Ressort von VizeBM Grete LASKA) zuständig !

Anlass für die harsche Aussendung der Bürgerinitiative war übrigens die Aufforderung an Herrn Pelda in einer Sitzung des Architektenwettbewerbs nach einer Kurzpräsentation der Projekte darüber sofort abstimmen zu sollen – ohne sich mit den Mitgliedern der Bürgerinitiative beraten zu können! Diese selbstverständliche Forderung nach Beratung - traurig, wenn sie überhaupt gestellt werden musste - soll gar „*niedergestimmt*“ worden sein, was mich nicht wundern würde. „Bürgerbeteiligung“ in dieser und ähnlicher Form ist mittlerweile nach meinem Dafürhalten in all den jüngsten Fällen zu glatten Farcen verkommen, - mangels jedweder Chancengleichheit werden die BürgerInnen zwar formal eingebunden, letztlich aber ganz verlässlich routiniert über den Tisch gezogen! Dass sich die Bürgerinitiative bei der Abstimmung lediglich der Stimme enthalten hat, ist als Reaktion darauf äußerst dezent und nobel!

Ziemlich düster jedenfalls das Resümee der Bürgerinitiative: Dies sei „*Austricksen der Bürgerforderungen*“. Sollte es beim Stand der Dinge bleiben, werde man „*alle Rechtsmittel ausschöpfen*“!

Gänzlich anders lesen sich dagegen Medienberichte, die von den Projektwerbern lanciert wurden: Frau Herta WESSELY zu Folge, Gründerin der Aktion 21, sollen die laufenden Planungen ein „*Vorzeigeprojekt der Aktion 21 werden*“, - Ideen der Bürgerinitiative seien „*teilweise*“ in die Pläne eingeflossen, „*Wohnungen, eine Bezirksstelle der Gebietskrankenkasse, eine Volkshoch- und Musikschule sowie ein Ärztezentrum werden dort gebaut*“, so Frau Wessely (DER STANDARD, 21.2.08)

Noch optimistischer schreibt Erich VORRATH in der Kronen Zeitung am 20.2. : „*Kein Hochhaus für Breitensee*“ und „*Siegerprojekt*“ (Neumann + Partner / g.o.y.a group of young architects, Anmerk. Krisch) *für Nutzung des ehemaligen Remisenareals fügt sich in das Grätzl ein*...

Breitensee wird - wie auch immer - bestens sehen können!

Wolfgang Krisch, 20.2.2008

P.S. Mein hiesiger Bericht hat umgehend zu einer **Richtigstellung durch Frau Herta WESSELY** geführt: Sie habe dem STANDARD gesagt, die Beteiligung der Bürgerinitiative „*hätte ein Vorzeigeprojekt werden können*“, sie sei falsch zitiert worden! Ich danke für diese Richtigstellung - und darf daher meine Ansicht, Bürgerbeteiligung verkomme in dieser Form zur Farce, natürlich gleich noch einmal unterstreichen...